

Der Reichstag über die Kriegsgewinnsteuer.

Reichstags-Sitzung vom Montag, 20. Dezember 1915.

Am Bundesratssitz: Helfferich, Delbrück, Lenze.

Nach der Rede des Schatzsekretärs Dr. Helfferich zum Gesetzentwurf über die vorbereitenden Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne ergreift das Wort

Abg. Dr. Strefemann (nlib.): Es ist nicht wahr, daß durch den Krieg die Reichen noch reicher, die Armen noch ärmer geworden sind. Gewiß, neue Vermögen sind gebildet worden. Aber viele Vermögen sind auch in die Kriegsschwankungen mit hineingezogen worden und mancher Hamburger Reeder weiß noch nicht, wie er die Deklaration für die dritte Wehrbeitragssatz abgeben soll. Wir haben wirtschaftlich besser durchgehalten, als irgendjemand erwartet hat. Aber so einseitig ist die Entwicklung nicht vor sich gegangen, daß der Besitz nur neuen Besitz anhäufen konnte. (Zustimmung.) Und dann haben doch auch die Löhne der Daheimgebliebenen ein Mehrfaches von dem erreicht, was diese Arbeiter im Frieden verdient haben. (Sehr richtig!) Auch der Vergleich Dr. Davids mit England war etwas einseitig. Wir haben doch auch in Deutschland Kriegsteuern — die erhöhten Kommunalsteuerauslässe, in Berlin 150 Prozent. Vergessen wir nicht, daß England einen viel geringeren Prozentsatz des Volkes ins Feld stellt wie wir — dafür sind die Kriegsteuern nur eine Art Ausgleich. Die Betrachtungen Dr. Davids über die Kriegsanleihezeichner sind unbegründet. Die Geschäftsleute, die gezeichnet haben, wissen sehr wohl, daß sie damit Gelder festlegen, die sie beim Friedensschluß für Rohstoffe usw. brauchen werden und sich vielleicht für Lombardierung der Kriegsanleihe verschaffen müssen. Wenn trotzdem diese gewaltigen Zeichnungen, diese impotanten Siege möglich waren, so durch das unbedingte Vertrauen in die Zukunft, die Macht, die Größe und den Fortbestand des Deutschen Reiches. (Lebhafte Zustimmung.) Andersfalls hätten auch 10 Prozent die Kriegsanleihe nicht bewirkt. (Zustimmung.) Wir lassen den Wehrbeitrag keineswegs außer Betracht, wir haben doch noch die am 15. Februar fällig werdende Rate. Eine neue Veranlagung ist zu schwierig. Wir halten es selbstverständlich für erforderlich, dem Reiche mehr Besitzsteuern als bisher zur Verfügung zu stellen. Wir sind auch durchaus nicht abgeneigt, zu prüfen, ob der Wehrbeitrag weiter erhoben werden muß. Es ist klar, daß bei so großen Anforderungen das Interesse des Reichs allem anderen vorgehen muß, unbedenklich auch um Härten für den Einzelnen. (Zustimmung.)

Ich wende mich nun der Tagesordnung zu. (Sehr richtig!) — Der Redner bespricht die Vorlage und feiert die für den siegreichen Ausgang des Sieges so bedeutsamen und unentbehrlichen Leistungen der deutschen Wissenschaft, Industrie, Landwirtschaft und des realen Handels. Wenn im Volk eine gewisse Erkenntnis über die Kriegsgewinne entstand, so galt sie gewissen Erkenntnissen, die vor dem Reiche nicht die Ehre hatten, zur deutschen Industrie und zum deutschen Handel zu gehören. In den ersten Wochen kam es leider nur zu häufig vor, daß Generaldirektoren großer Werke vergebens um Erlösungen anknüpften, daheim aber zynische Zwischenhändler fanden, die die Befreiungen erlangt hatten. Um diese Leute zu fassen, müßte die Steuer auch qualitativ gestaffelt werden. (Sehr wahr!) Wir dürfen nicht vergessen, daß das Streben nach Gewinn der bewegende Grund des Wirtschaftslebens ist; wir dürfen also in der Besteuerung nicht gar zu weit gehen. Die Firma Krupp hat in vornehmster Weise darauf verzichtet, große Kriegsgewinne aufzuheben — ein Ehrenzeichen für unsere ganze Industrie.

Die Bedenken gegen die Vorlage in Hinblick auf die Rückstellungen können ruhig fallen gelassen werden. Für die von der Kommission gewünschte Erfassung auch der offenen Handelsgesellschaften haben wir noch keinen Weg gefunden; sollte der Staatssekretär den Weg kennen, so wären wir sehr dankbar, wenn er ihn beträte. Auch in der Kriegsgewinnsteuer wird man nicht eine Strafe sehen, sondern eine vaterländische Ehrenpflicht. (Beifall.)

Abg. Gothein (Dpt.): Wir stimmen dem vorliegenden Gesetze zu. Wir sind insbesondere auch einverstanden mit der Besteuerung der juristischen Personen. Wenn darin teilweise eine Doppelbesteuerung liegt, so belassen wir das, aber in dieser schweren Zeit muß das Reich das

Geld nehmen, wo Geld zu haben ist.

Wir sind auch der Meinung, daß wir nach dem englischen Muster auch während des Krieges durch Steuern die Mittel aufzubringen versuchen müssen, die unbedingt notwendig sind, um das Budget im Gleichgewicht zu erhalten. Wir sind auch keineswegs abgeneigt, den Wehrbeitrag in weiteren Raten zu erheben, sobald sich die Möglichkeit dazu ergibt. Wir lehnen aber die sozialdemokratische Resolution aus praktischen Erwägungen ab. Wir können jetzt im Kriege unmöglich die Vorbereitungen für eine weitere Veranlagung und Erhebung des Wehrbeitrages schaffen, und zwar nicht so sehr wegen Beamtenmangel, sondern weil auch der größte Teil der Rekruten im Felde steht. Auch Dr. David wird doch nicht wünschen, daß wir den Steuerexzessor in den Schützengräben hinauscheiden. (Sehr richtig!) Wir haben sehen müssen, daß schon die fälligen Raten während des Krieges nicht haben eingezogen werden können, weil die Rekruten im Felde stehen und jetzt nicht zahlen können. Die Ablehnung der Resolution heißt aber nicht die Ablehnung des Gedankens an sich. Die Regelung des Steuerwesens nach dem Kriege wird das schwierigste Problem sein, das diesem Hause je vorgelegen hat. Das deutsche Volk wird nach dem Kriege eine Steuerlast zu tragen haben, wie sie bisher die ärgsten Pessimisten nicht für möglich gehalten haben. Es wird ganz unmöglich sein, diese Lasten durch indirekte Steuern und Monopole zu decken. Einkommen und Vermögen werden in weitestem Maße direkt steuerlich erfaßt werden müssen. Die Steuerlasten werden ganz anders sein, als wir sie bisher gewöhnt waren. Wir werden uns darauf gefaßt machen müssen, daß, während wir jetzt vielleicht zwei Monate im Jahre für die Allgemeinheit arbeiten, wir in Zukunft vier oder fünf Monate für Reich, Staat und Gemeinden arbeiten müssen. (Hört! hört! und Sehr richtig!) Die gesamte Besteuerung wird bei den höchsten Einkommen nach dem Kriege

auf 30 bis 40 Prozent steigen.

Das deutsche Volk steht damit vor einer schweren Aufgabe. Das Reich will den Einzelstaaten die Einkommensteuerquelle nicht abgraben. Aber es will an dieser Quelle mit teilhaben. Wir hoffen damit gleichzeitig auf eine Vereinfachung der Veranlagung und damit auf eine bessere Kontrolle der Veranlagung durch das Reich. Das wird dann auch für die Einzelstaaten von Vorteil sein. Härten, die aus einer solchen Regelung entstehen, werden wir gern auszugleichen suchen. Die kleinsten Einkommen sollen nach Möglichkeit gespart werden. Wir werden aber, dem eng-

lischen Beispiel folgend, doch ziemlich tief herabgehen müssen, denn England wird bei der 2000-Mark-Grenze auch nicht haltmachen. Wir werden unsere Lebenshaltung herabschrauben müssen und zwar in allen Kreisen, denn es wird auch eine Ehrensache für die Reichen sein, den Luxus einzuschränken, namentlich den Luxus in der Ernährung und vielfach auch in der Wohnung. Gewaltige Aufgaben stehen uns bevor. Nur durch intensive Arbeit und ehrliche Hingabe, die im Frieden nicht zurückgehen dürfen hinter der Arbeit und der Hingabe im Kriege, wird das deutsche Volk die schwere Zeit nach dem Kriege überwinden können. (Lebh. Zustimmung.) Es kommt vielleicht wieder eine Zeit, wo wir uns großhungen müssen. Aber wir alle haben zum deutschen Volk das feste Vertrauen, daß es, wie es in diesem Kriege als unerschütterte Mauer gegen den Ansturm der Feinde durchgehalten hat, auch nach dem Kriege die Fähigkeit haben wird, durch intensive Arbeit sich wirtschaftlich in kurzer Zeit wieder so weit emporzuarbeiten, wie es vor dem Kriege der Fall war. (Lebh. Beifall.) Wir hoffen, daß dieser Krieg schließlich letzten Endes sich nicht als einen Niedergang für lange Jahrzehnte erweisen, sondern daß das deutsche Volk nach dem Kriege die Kraft haben wird, durchzuhalten bis zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Höhe, auf die wir alle hoffen. (Lebh. allseitiger Beifall.)

Abg. v. Brochhausen (kons.): Die Frage der Steuern nach dem Kriege darf nicht adulatorisch behandelt werden. Für diese große Aufgabe muß man auch ein großzügiges Programm haben. Wir haben zu dem Staatssekretär das Vertrauen, daß er zu gegebener Zeit uns ein solches Programm vorlegen wird. Bei der Vorlage im März muß darauf gesehen werden, daß auch wirklich nur der Vermögenszuwachs getroffen wird, sonst hat die Steuer bei den hohen Sätzen einen konfiskatorischen Charakter. Im übrigen sind wir mit der Vorlage einverstanden, so wie sie aus der Kommission gekommen ist. Die sozialdemokratische Resolution betr. einen neuen Wehrbeitrag lehnen wir aus grundsätzlichen und praktischen Rücksichten ab. Diese Frage müßte einem späteren eigenen Gesetz vorbehalten werden.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich wiederholt auf Wunsch des Vorredners seine Erklärung aus der Kommission, daß in den Ausführungsbestimmungen die Heranziehung der Einkaufs- und Produktionsgesellschaften so geregelt werden wird, daß als Geschäftsgewinn nur das erachtet wird, was pro rata des eingezahlten Kapitals der einzelnen Gesellschafter verteilt wird. Von diesem Gewinn werden die Beträge abgezogen, die nach Maßgabe der verkauften bzw. eingelaufenen Waren an die einzelnen Gesellschafter verteilt werden. (Beifall.)

Abg. Mertin (Dpt.) führt aus, daß die Fassung, die das Gesetz in der Kommission erhalten hat, Verbesserungen enthalte, und beglückwünscht den Staatssekretär zu diesem ersten gesetzgeberischen Erfolg, dem noch bedeutendere weitere folgen mögen. Die sozialdemokratische Resolution lehnt die Reichspartei ab. Der Redner erklart, in der Resolution des Reichshaushaltsausschusses statt „phyfische“ — „Einzelpersonen“ zu sagen. (Beifall.) Er bespricht dann das Wesen der vom Abg. Strefemann geschilderten Zwischenhändler und regt an, bei allen Heereslieferungen u. dgl. einen Teil der Bezahlungssumme zur Sicherung der späteren Kriegsgewinnsteuer zurückzubehalten. Auch bei scharfen Maßnahmen wird der Reichstag hinter der Regierung stehen; es wird gut sein, wenn man das überall weiß. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Hehl zu Herrnsheim (bei keiner Fraktion) wendet sich gegen das sozialdemokratische Verlangen auf Befreiung der indirekten Steuern. Das Reich dürfe nicht gar zu sehr die Steuerquellen der Einzelstaaten an sich ziehen. Wir halten es für eine Ehrenpflicht, die Unbemittelten zu schonen und die Begüterten zu besteuern; aber es darf auch nicht ihr Besitz konfisziert werden, was schließlich die Arbeiter am schwersten treffen würde. Beim Besitzsteuerertrag sind die juristischen Personen vergessen, beim Wehrbeitrag werden nur gewisse Reservisten der juristischen Personen herangezogen — dadurch wird die Grundlage unsicher und die stärkste Belastung fällt auf den Mittelstand. Der Redner geht ausführlich auf die Kriegsteuern in der Schweiz ein.

Abg. Schiffer-Magdeburg (nlib.): Das Verlangen ist ganz gerechtfertigt, die unrealen Kriegsgewinne anders zu behandeln, als die durchaus realen Gewinne. Aber steuerlich wird es schwer, wenn nicht unmöglich sein, die Gewinne in realer und unrealer Gewinne zu scheiden, und in dieser Beziehung wird die Kriegsgewinnsteuer moralisierend sein. Aber damit ist nicht gesagt, daß nun überhaupt der moralische Maßstab hier nicht angelegt werden soll. Geht es nicht im Rahmen des Steuergesetzes, so muß es auf dem Boden des Rechts geschehen. Dazu zeigt die Resolution der Kommission den Weg. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn die unrealen Gewinne nicht so scharf wie irgend möglich erfaßt würden, vor allem die Leute, die an Vermittlungen und Schiebungen riesigen Summen verdienen haben, ohne vorher dem Gewerbe angehört zu haben. Die Bestimmungen dürfen nicht zu eng gefaßt sein, sonst verstehen es die sehr gerissenen Schieber, sich ihnen zu entziehen. Ein gewisser Spielraum muß bleiben.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Visco: Diese Anregungen sind gewiß dankenswert. Aber die Sache ist gesetzlich sehr schwer zu regeln, und deshalb muß ich Wasser in den Schiffsdeckel Wein gießen. Theoretisch hört es sich gut an, daß alle unrealen Gewinne rückwärtslos gefaßt werden sollen. Aber eine solche Bestimmung würde hemmend auf die gesamte Tätigkeit von Handel, Landwirtschaft und Industrie wirken, und das wollen wir alle nicht. Gewiß sind große Gewinne gemacht worden. Aber was ist ein übermäßiger Gewinn? Soll die Verfolgung von Amts wegen oder nur auf Antrag erfolgen? Und wer soll antragsberechtigt sein? Etwa der Konturrent? Also Bedenken über Bedenken. Wir werden die Materie prüfen. Ob die Prüfung zur Vorlage eines Gesetzes führen wird, kann ich noch nicht sagen.

Stellv. Kriegsminister v. Wandel tritt der Ansicht entgegen, als ob unlautere Elemente in erheblicher Zahl an Kriegslieferungen beteiligt wären. Es kann sich immer nur um Ausnahmen handeln. Gewiß wurden zu Anfang des Krieges, als große Mengen sofort gebraucht wurden, hohe Preise gezahlt. Aber im Laufe der Zeit haben wir schon

um manche Million die Preise gedrückt.

Der Begriff „übermäßiger Gewinn“ ist zu flüchtig. Der eine verdient bei einem Preise sehr viel, bei dem der andere, der teurer eingekauft hat, sehr wenig verdient. Jedenfalls kann das Kriegsministerium nicht Listen führen, in denen unlautere Elemente geführt werden. Wo kommen wir hin, wenn jeder Lieferant auf einen bloßen Verdacht hin vor ein Forum geschleppt wird, vor dem er sich rechtfertigen muß. Dadurch könnten in der Lieferung Verzögerungen entstehen, die höchst unangenehm sein können.

Abg. Gröber (Ztr.): Diese Reden eröffnen ja keine guten Aussichten für unser Bestreben. Ist es denn wirklich so schwer, die eklatanten Fälle herauszufinden? Das muß möglich sein, und das verlangt das Rechtsbewußtsein des Volkes. Freilich, ob der Weg des geltenden Strafrechts helfen wird, steht dahin. Gewiß ist einmal ein kleiner Wucherer zu ein paar hundert Mark Geldstrafe verurteilt worden. Aber von einem Strafverfahren gegen die großen Lebensmittelwucherer haben wir noch nichts gehört. — Der Redner empfiehlt in längeren juristischen Darlegungen den Weg des Zivilrechts gegen Lebensmittelwucherer. Nur auf diesem Wege kann der Reichsstatus erfolgreich auf Herausgabe unlauterer Gewinne klagen. Der Redner bespricht in eingehenden juristischen Ausführungen diese Verhältnisse: Es sei kein Vorwurf gegen die Militärverwaltung, zu konstatieren, daß die Offiziere an Gerissenheit nicht jenen Händlern gewachsen seien. Das Reichsjustizamt werde mit einer guten Vorlage nach dieser Richtung im Reichstag keinen Widerstand finden. Die Hauptwiderstände werde der Staatssekretär bei sich und seinen Räten zu besiegen haben. (Seiterkeit und Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.): Ueber die Einzelheiten der künftigen Steuer-gesetzgebung haben wir später zu beraten, über die Frage, ob direkte oder indirekte Steuern, müssen wir uns jetzt schon schlüssig werden. Was war die Reichsfinanzreform mit ihren 500 Millionen gegen das Problem von heute! Die Erklärung des Staatssekretärs war für die breiten Volksmassen im höchsten Maße beunruhigend. (Zust. b. d. Soz.) Wir sollen erst einen Ueberblick gewinnen. Ja, den hat uns der Schatzsekretär schon gegeben. Es kann kein Zweifel sein, daß die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes nach dem Kriege nur durch schwere Arbeit erträglich gemacht werden kann, sodas nur Entlastung des Volkes, aber keinesfalls seine weitere Belastung unsere Aufgabe sein kann. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Wir können nicht bis zum März darauf warten, ob das arbeitende Volk zu seinen großen Opfern noch etwa neue oder höhere Steuern auf sich nehmen soll. Das Volk erwartet eine klare Erklärung darüber. (Beif. b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Der Abg. Hoch hat sehr eindringlich und überzeugt gesprochen, er scheint aber meine Ausführungen nicht gehört zu haben. Als ich ihn hörte, fragte ich mich, ob er mich vielleicht mit einem anderen Redner verwechselt habe, denn er ging an meinen Worten einfach vorbei. Er wirft mir vor, daß ich große Beunruhigungen in das deutsche Volk geworfen hätte. Nein, Herr Hoch, das haben Sie gesehen getan! (Lebh.: Sehr richtig!) Abg. Hoch tat so, als ob ich mich dahin ausgesprochen hätte, daß jetzt während des Krieges die notwendigen Lebensmittel durch indirekte Steuern belastet werden sollen. Rein Wort habe ich darüber gesprochen! (Erneute lebh. Zustimmung.) Ich stelle fest, daß die einzige bisher feststehende Steuer, die im Reiche kommen wird, die Kriegsgewinnsteuer ist, die im Grunde nichts anderes bedeutet als eine außerordentlich erweiterte und verschärfte Reichsvermögenszuwachssteuer. Also die einzige Steuer, von der bisher gesprochen wurde, ist nicht eine indirekte, sondern eine Besitzsteuer kategorisch, eine sehr scharfe Besitzsteuer, wie sie in dieser Ausdehnung und Schärfe in keinem anderen kriegsführenden Lande bisher angeregt oder ausgeführt ist. (Sehr wahr!) Im übrigen ist es sicher, daß wir während des Krieges alles Notwendige befriedigen können. Ich habe das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, deren Verhältnisse sich im Kriege zum Teil verbessert haben, ich habe das Vertrauen, das Abg. Hoch nicht zu haben scheint (Sehr gut! rechts), daß die deutschen Arbeiter sich diesen

Staatsnotwendigkeiten nicht entziehen

und wie sie im Schützengraben mit den Unteroffizieren und Leutnants zusammen getämpft haben, mit uns auch kämpfen werden, um das Vaterland zu erhalten. (Beifall.) Die Veranschlagung kann ich geben: An die notwendigen Nahrungsmittel des Volkes werden wir während des Krieges nicht herangehen. So klug sind wir längst (Seiterkeit), uns das Durchhalten nicht unmöglich zu machen. (Sehr gut!) Was haben wir denn getan? Wir haben die Ausgaben, die den Haushalt des armen Mannes belasten, die Zölle usw. aufgehoben, aber keine neuen Lasten eingeführt. (Zustimmung.) Nun aber England! Hat denn England nur direkte Steuern eingeführt? In England ist doch gerade von Arbeiterführern der Regierung vorgehalten worden, daß sie den Frühlingsdienst des armen Mannes in bisher ganz unerhörter Weise belastet hat. Sie hat den Tee, der in England die Stelle unseres Kaffees vertritt, schon im vorigen November getroffen, eine Biersteuer mit im Vergleich zu uns geradezu phantastischen Sätzen eingeführt, jetzt den in England ohnehin teuren Zucker ganz außerordentlich hoch besteuert, auch den Tee noch mehr, sie hat Steuern auf Kakaos, Tabak, Raffinerias, getrocknete Früchte usw. eingeführt, das sind doch Verbrauchssteuern! Und England, das — wie ich anerkenne, in sehr großem Umfang direkte Steuern hat — glaube doch, damit nicht auskommen zu können, sondern es hat solche Lasten, von denen ich hoffe, daß wir sie nicht nötig haben werden, auf die Schultern der armen Leute gewälzt. (Hört, hört!) Also, meine Herren, tragen Sie keine Beunruhigung hinaus und sorgen Sie dafür, daß sich diejenigen Kreise, auf die Sie Einfluß haben, Rechenschaft geben von unserer Situation und dem, was wir bringen — das einzige, was bisher feststeht, ist eine direkte Steuer — ein unbefangenes und ruhiges Urteil entgegenbringen. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Bei dem Vorgehen gegen übermäßige Gewinne muß der Eindruck vermieden werden, als ob es sich um ein Vorgehen gegen Handel, Industrie und Landwirtschaft an sich handelt. Handel, Industrie und Landwirtschaft haben sich während des Krieges die größten Verdienste erworben. (Seitere Zustimmung.) Das kommende Gesetz muß scharf zum Ausdruck bringen, daß es sich nur auf die bedauerlichen Einzelfälle bezieht. Vor allem aber muß verhütet werden, daß sich ein gewissenloses Denunziantentum breitmachen kann. (Zustimmung.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.): Mit der Aufnahme des Gesetzes kann der Schatzsekretär zufrieden sein. Es war eine allgemeine Harmonie, sogar zwischen den Abg. v. Brochhausen und Gothein. (Seiterkeit.) Ob es so friedlich bei dem Gewinnsteuergesetz selbst hergehen wird, möchten wir bezweifeln.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Schwierigkeiten gegen einen neuen Wehrbeitrag sind nicht unüberwindbar. Wenn man ihn will, dann kann man ihn auch erhalten. Damit wollen Sie das Budget für 1916/17 ins Gleichgewicht bringen? Allein unser Antrag gibt der Regierung eine Direktive, wie es zu machen ist. Gewiß greifen hohe Steuern lähmend ins Wirtschaftsleben ein. Aber Steuern auf den Konsumverbrauch und den Verkehr tun das viel mehr.

80
Vossische Zeitung
21. XII. 1915